

# Niederschrift

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 13.06.2019

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal

Marktplatz 2

06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:33 Uhr bis 18:39 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Ute Haupt Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale),

Ausschussvorsitzende

Andreas Schachtschneider CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Thomas Schied Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)

Annika Seidel-Jähnig SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Kay Senius SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Dennis Helmich Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, Teilnahme ab 17:09 Uhr

Dr. Regina Schöps Fraktion MitBürger & Die PARTEI

Alexander Raue AfD-Stadtratsfraktion Halle Manfred Czock Sachkundiger Einwohner

Norwin Dorn Seniorenrat

Satenik Roth Sachkundiger Einwohner Susanne Willers Sachkundige Einwohnerin Annette Wunderlich Sachkundige Einwohnerin

### Verwaltung:

Dr. Judith Marquardt Beigeordnete für Kultur und Sport

Susanne Wildner Gleichstellungsbeauftragte
Jörg Baus Fachbereichsleiter Soziales
Dr. Christine Gröger Fachbereichsleiterin Gesundheit

Dr. Uta Schwarzer Amtstierärztin/ Abteilungsleiterin Veterinärwesen Dr. Heike Schaarschmidt Referentin Geschäftsbereich Bildung und Soziales

Stephanie Frohberg Seniorensozialarbeiterin Dirk Sechert Seniorensozialarbeiter

Antje Schneider Psychiatrie- und Suchtkoordinatorin

Jenny Falke stellv. Protokollführerin

# Gäste:

Frau Polte Jobcenter Halle

### **Entschuldigt fehlten:**

Bernhard Bönisch CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Dirk Gernhardt Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

Dr. Tarek Ali
Dr. phil. Jeannette Drygalla
Igor Matviyets
Jan Rötzschke
Helga Schubert
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner

### zu Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor und die Einwohnerfragestunde wurde beendet.

# zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

**Frau Haupt** eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

### zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Haupt schlug vor den Tagesordnungspunkt

# 7.2. Berichterstattung Jobcenter

vorzuziehen.

**Frau Haupt** informierte die Mitglieder über die Vorlage einer Dringlichkeit und bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Beteiligung am Kommunalen Förderprogramm des GKV-Bündnisses für Gesundheit Vorlage: VI/2019/05243

### Abstimmungsergebnis Dringlichkeit:

einstimmig zugestimmt mit 2/3 Mehrheit

Frau Haupt bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung:

### Abstimmungsergebnis:

### einstimmig zugestimmt

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

- Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.03.2019
- 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.05.2019
- 7.2. Berichterstattung Jobcenter
- 4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Beteiligung am Kommunalen Förderprogramm des GKV-Bündnisses für Gesundheit Vorlage: VI/2019/05243
- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten

5.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung eines Konzeptes für eine flexible Kitabetreuung für Familien mit besonderem Betreuungsbedarf (24-Stunden-Kita) in der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2019/05075

- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7. Mitteilungen
- 7.1. Arbeitsbericht Seniorensozialarbeit
- 7.3. Präventionskonzept
- 7.4. Aktueller Stand Suchtpräventionskonzept
- 7.5. Konzeptfortschreibung Frühe Hilfen
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen
- 9.1. Themenspeicher
- zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.03.2019

Es gab keine Anmerkungen und die Niederschrift wurde bestätigt.

zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.05.2019

Es gab keine Anmerkungen und die Niederschrift wurde bestätigt.

### zu 7.2 Berichterstattung Jobcenter

Die Unterlagen sind im Session hinterlegt.

Frau Polte stellte die Unterlagen vor.

**Herr Dr. Wöllenweber** fragte, ob das Jobcenter bei dem Prozess zur kostenfreien Schülerbeförderung beteiligt war.

**Frau Polte** antwortete, dass man in der direkten Arbeitsgruppe nicht beteiligt war, aber es übergreifend thematisiert wurde.

**Herr Schachtschneider** fragte, warum die Zahlen der 15 bis unter 25-Jährigen steigen, obwohl so viele Angebote zur Verfügung stehen.

**Frau Polte** sagte, dass viele Ausbildungsplätze nicht besetzt werden können, da die Jugendlichen, die eine Ausbildung machen wollen, nicht mehr im Bestand sind. Man überlegt sich bereits alternative Kontaktmöglichkeiten, um an besonders schwierige Fälle heranzukommen. Dabei wird beispielsweise der Kontakt über WhatsApp gesucht.

**Herr Raue** sagte, dass viele auch nicht erreicht werden wollen. Er fragte, nach den Erfahrungen, mit denen die nicht erreicht werden wollen und um wie viele es sich dabei handelt.

**Frau Polte** sagte, dass bei dieser Personengruppe der Kontakt dann nur über Sanktionierungen geht, aber es weniger als 50 % der Kunden betrifft.

**Herr Raue** äußerte sein Interesse für die Darstellung der arbeitslosen Migranten nach Beruf sortiert, um Möglichkeiten zur Weiterentwicklung und Nachqualifizierung erkennen zu können.

**Herr Raue** fragte, wie groß die Bedarfsgemeinschaften bei Migranten sind. Deutsche Bedarfsgemeinschaften sind ja zwei bis drei Personen und bei den Migranten sind es häufig mehr. Wird dadurch der Durchschnitt verzerrt?

**Frau Polte** antwortete, dass für die Leistungsgewährung die Staatsangehörigkeit keine Rolle spielt und damit können dazu keine Angaben vorgenommen werden, Sie schlug vor eine Veranstaltung im Jobcenter durchzuführen, bei der die Statistik erläutert wird.

#### zu 4 Beschlussvorlagen

# zu 4.1 Beteiligung am Kommunalen Förderprogramm des GKV-Bündnisses für Gesundheit

Vorlage: VI/2019/05243

**Herr Senius** fragte, wie hoch die Förderung ist und, ob eine Förderung Personal oder Sachmitteln erfolgt.

**Frau Dr. Gröger** antwortete, dass es die Möglichkeit gibt im 1. Jahr eine Förderung von 100 % zu erhalten, im zweiten Jahr eine Förderung von 60 %, im dritten Jahr 40 % und danach 30 % Förderung zu erhalten als zweite Variante kann man mit einer 80 % Förderung einsteigen und im zweiten Jahr 60 %, im dritten Jahr 40 %, im vierten 40 % und im fünften 30 % Förderung erhalten.

Je nach Variante muss man sich im 3. Jahr i oder dann im letzten Vierteljahr klar sein, wie es in der Kommune weitergehen soll. Ein Eigenanteil wird erforderlich sein und das muss jetzt

geprüft werden. Vorrangig sollen Personalkosten gefördert werden aber auch 10.000 Euro an Sachkosten können jahresweise abgerufen werden.

Herr Raue regte an, eine Vergleichsmethodik zu entwickeln und bei den Jüngsten zu beginnen, um die alten mit den neuen Zahlen vergleichen zu können, um dann seine Schlüsse ziehen zu können. Herr Raue befürwortet das Konzept und es gehört nach seiner Meinung auch in den täglichen Schulalltag.

Wie viele Datensätze müssten denn dann überprüft werden?

**Frau Dr. Gröger** antwortete, dass die Auswertung der Datensätze durch das Landesamt für Verbraucherschutz vorgenommen wird. Die Datengrundlage soll genutzt werden, um Anpassungen vorzunehmen.

Herr Raue fragte, ob aus den Daten eine schulgenaue Zuordnung erfolgen kann.

**Frau Dr. Gröger** sagte, dass das Statistikprogramm eine detaillierte Auswertung bis zur Schule ermöglicht.

Herr Schachtschneider fragte, um wie viele Personalstellen es sich handelt.

**Frau Dr. Gröger** sagte, dass es erstmal eine Personalstelle ist und dies auch so vom Fördermittelprogramm angedacht ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und Frau Haupt bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis SKE:</u> einstimmig zugestimmt

<u>Abstimmungsergebnis SR:</u> einstimmig zugestimmt

# **Beschlussempfehlung:**

- 1. Der Stadtrat bestätigt die Absichtserklärung,
  - Gesundheitsförderung und Prävention in der kommunalen Strukturentwicklung zu verankern.
  - die Entwicklung von ressort- und trägerübergreifenden Steuerungsstrukturen zu forcieren und damit zur Verbesserung von gesundheitlicher Chancengleichheit durch die bedarfsbezogene Planung und Umsetzung von gesundheitsförderlichen Angeboten für vulnerable Zielgruppen in der Kommune beizutragen,
  - Ressourcen der Kommune für diesen Zweck einzusetzen und
  - die geschaffenen Strukturen nach Ende des Förderzeitraums aufrechtzuerhalten.
- 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Schritte zur Beteiligung am Kommunalen Förderprogramm des Gesetzlichen Krankenversicherungs-Bündnisses (GKV) für Gesundheit zum Aufbau gesundheitsförderlicher Steuerungsstrukturen vorzubereiten (Letter of Intent, Antragserstellung).

# zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

### zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

### zu 7 Mitteilungen

#### zu 7.1 Arbeitsbericht Seniorensozialarbeit

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Frau Frohberg und Herr Sechert stellten das Thema vor.

**Herr Senius** fragte, wie lange es dauert von der Fallaufnahme bis zur Umsetzung der Hilfeleistung.

Frau Frohberg sagte, dass eine sehr zeitnahe Hilfe erfolgt.

Herr Senius fragte, ob es eine Art der Zusammenarbeit mit den kommunalen Wohnungsunternehmen gibt.

**Frau Frohberg** sagte, dass es bereits mal eine Zusammenkunft mit der HWG und der GWG gab.

Frau Haupt fragte, ob es besonders betroffene Stadtteile gibt.

**Frau Frohberg** antwortete, dass es die meisten Fälle in Halle Neustadt gibt, gefolgt von der Silberhöhe, der Südstadt und Ammendorf.

Frau Haupt fragte, ob das Haus der Wohnhilfe auch ein Partner ist.

**Frau Frohberg** sagte, dass man auch gemeinsame Fälle mit dem Haus der Wohnhilfe bearbeitet.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

### zu 7.3 Präventionskonzept

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Frau Dr. Schaarschmidt stellte das Thema vor.

**Frau Seidel-Jähnig** fragte, ob Begegnungsräume geschaffen werden sollen, wo sich Eltern mit ihren Kindern begegnen können und auch Leute ansprechen können, die ihnen bei ihren Problemen helfen können.

**Frau Dr. Schaarschmidt** sagte, dass die konkrete Form noch nicht feststeht, aber beispielsweise in der Jugendarbeit der Ansatz besteht, Krabbelgruppen stärker auszubauen, Begegnungsstätten für Eltern und Kinder in einer offenen Form, es gibt außerdem das Ansinnen Hausbesuche anzubieten.

Herr Schachtschneider sagte, dass es günstiger gewesen wäre das Konzept auf 15 - 20 Seiten zusammenzufassen, da gerade in Hinblick auf die Wahl, der neue Stadtrat Schwierigkeiten haben wird, die Fülle an Informationen zu bearbeiten. Sollte es von Anfang an ein so umfangreiches Konzept sein.

**Frau Schaarschmidt** sagte, dass es keinen Ansatz gab, welche Länge das Konzept haben soll. Man hat sich die Zielrichtung überlegt und anschließend wurde der Bestand betrachtet. Die Bereiche Bildung, Jugend, Soziales und Gesundheit sollen zusammengeführt werden.

Herr Senius fragte, wann die noch offenen Themen abgearbeitet werden.

**Frau Dr. Schaarschmidt**, sagte, dass das Ziel angestrebt wird, bis Ende des Jahres alles so finanziell zu untersetzen, dass man arbeiten kann. Es hängt davon ab, wann und wie man die Finanzierungen untersetzen kann.

**Herr Senius** regte an, verschiedene Kooperationsvereinbarungen zu überprüfen und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen.

Er fragte, wie frühzeitig werden dann Kooperationspartner bei der Konzepterstellung mit eingebunden.

**Frau Dr. Schaarschmidt** sagte, dass die Kooperationsvereinbarungen geprüft werden. Es werden nicht alle Kooperationsvereinbarungen geprüft, es geht um Optimierungsideen und hier soll angeknüpft werden..

**Herr Dr. Wöllenweber** fragte, ob die Umwandlung der Sozialräume in ISEK Räume ein neuer Ansatz innerhalb der Stadt ist.

**Frau Dr. Schaarschmidt** sagte, dass die Räume im ISEK nicht neu sind und ganz bewusst so aufgeteilt wurden, um der Segregation ein Stück entgegenzuwirken. Der GB IV passt lediglich die Sozialräume an die ISEK-Räume an.

**Herr Raue** sagte, dass Segregation ein schwieriges Argument ist, da dies eher in kleineren Räumen stattfindet.

# zu 7.4 Aktueller Stand Suchtpräventionskonzept

**Frau Dr. Gröger** stellte die Psychiatrie- und Suchtkoordinatorin Frau Schneider vor, die seit dem 01.04.19 im Dienst ist.

**Frau Dr Schöps** fragte, welchen Stellenwert und welche Einordnung das Suchtpräventionskonzept und seine Erarbeitung hat.

**Frau Dr. Gröger** sagte, dass mit der Neuauflage des Psychiatrieberichtes nichts ersetzt werden soll. Das Konzept wird erarbeitet und dann auch vorgestellt.

# zu 7.5 Konzeptfortschreibung Frühe Hilfen

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Es gab keine Wortmeldungen.

# zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

### zu 8.1 Herr Schachtschneider zur Rattenpopulation

**Herr Schachtschneider** fragte, ob in Neustadt eine Aktion zur Eindämmung der Rattenpopulation geplant ist, da laut Bewohnern in Neustadt ein deutlicher Anstieg der Tiere wahrgenommen wurde.

**Frau Dr. Gröger** sagte, dass es zwei Bekämpfungsaktionen gibt, die nächste ist im Herbst geplant, jedoch ist eine Aktion zwischendurch bei einem starken Befall möglich.

### zu 8.2 Herr Senius zum Teilhabechancengesetz

Herr Senius fragte nach dem Umsetzungsstand des Teilhabechancengesetzes. Er sagte, dass 133 Stellen identifiziert wurden, bei denen Langzeitarbeitslose eingesetzt werden könnten und gegenwärtig 11 davon bereits besetzt sind und weitere Stellen sich in der Prüfung befinden. Er fragte, was bei den restlichen Stellen Prüfungsgegenstand ist und was momentan das Problem ist.

**Frau Dr. Schaarschmidt** sagte, dass die Stellen einer Unterstützung durch kommunale Eigenmittel bedürfen, es erfolgt daher eine finanzielle Prüfung, wie die Kosten gedeckt werden können.

# zu 8.3 Herr Schied zu Familienhebammen

Herr Schied fragte zu den frühen Hilfen, wie viele Familienhebammen es gibt.

Frau Dr. Schaarschmidt sagte, dass es sieben Hebammen gibt.

Herr Schied fragte, ob diese aus Sicht der Verwaltung ausreichend sind.

**Frau Dr. Schaarschmidt** sagte, dass die Screeningergebnisse zeigen, dass es einen Graubereich gibt, wo die Zahlen höher sind. Sachlich und objektiv kann dies anhand der Zahlen momentan nicht beantwortet werden.

zu 9	Anregungen	
zu 9.1	Themenspeicher	
Herr Seni	us regte an, dass der Barriere	freie Atlas mal im Ausschuss vorgestellt wird.
Herr Czo	<b>k</b> bedankte sich für die gute Z	usammenarbeit.
Frau Hau	ot erwiderte dies und bedankte	e sich ebenfalls.
Frau Dr. I	Marquardt sprach ebenso Ihre	n Dank aus.
Frau Hau	<b>pt</b> beendete den öffentlichen T	eil.
<u>Für die Ri</u> <u>Datum:</u> 13		
Ute Haupt	svorsitzende	Jenny Falke stellvertretende Protokollführerin